Nr. 598. Abendausgabe. Erstes Blatt. Montag, 22. Dezember 1913.

Königsberger Hartungsche Zeitung.

Russische Angriffspläne gegen Schweden.

(Stockholmer Brief der „Hartungschen Zeitung".)

In dem schwedischen Landesverratsprozeß gegen Törngren und Holsteinsson haben die Angeklagten über ihre häufigen Besuche beim früheren russischen Militärattaché Assanovitsch berichtet und u. a. mitgeteilt, daß der Militärattaché eine große Anzahl blecherner Kästen in seinem Besitz gehabt hat, die Kartenblätter enthielten, welche von Assanovitsch gezeichnet waren. Bei der Ausarbeitung jener Karten bediente sich der Militärattaché der schwedischen Generalstabskarten, die er vergrößerte, und weiter benutzte er geheime Rapporte, die bei ihm abgegeben wurden, zur Vervollständigung gewisser Einzelheiten auf den Karten, sodaß diese für militärische Zwecke noch brauchbarer wurden. Namentlich enthielten die von Assanowitsch angefertigten Karten genaue Angaben darüber, inwieweit die Wege geeignet seien, Artillerie und Kavallerie zu tragen, und über die Tragkraft der Brücken. Durch besondere Zeichen wurden die Stellen angedeutet, wo russische Kriegsschiffe die Möglichkeit hätten, in Schweden Truppen zu landen. Ueberdies aber fanden sich verschiedene Skizzen, die genaue Pläne für russische Angriffe und das Einrücken russischer Truppenmassen in Schweden enthielten. U. a. war ein Plan ausgearbeitet worden, wonach vier verschiedene Truppenabteilungen gleichzeitig zu operieren hätten. Die Hauptabteilung sollte gegen Hernösand gehen und eine kleinere Abteilung russischer Truppen nach Gefle überführt werden. Holsteinsson erklärte, daß er mehrere der hierzu gehörigen Kartenskizzen des Militärattachés Assanovitsch gesehen habe, u. a. eine über die Rynäs- und eine über die Hernösand-Gegend. Diese Karten und strategischen Pläne wurden von Assanovitsch nach und nach an die russische Regierung abgesandt.

Eine der wichtigsten Urkunden im Landesverratsprozeß ist ein unter den Papieren Törngrens gefundener Brief, der vom Militärattaché Rußlands herrührt. In diesem Briefe verlangt der Militärattaché gewisse Mitteilungen betreffs schwedischer Verteidigungsveranstaltungen in Hernösand und Gefle. Es wird auch eine „internationale Gesellschaft" erwähnt; hierüber enthält der Brief u. a. folgende Zeilen:

„Erst nach der Ausführung der ihm zunächst erteilten Aufträge kann Herr Törngren als Mitglied der internationalen Gesellschaft mit dauerndem festen Lohn aufgenommen werden."

Der öffentliche Ankläger sieht es als erwiesen an, daß der frühere Unteroffizier Törngren sich in den Dienst Rußlands gegeben und gegen Vergütung Aufträge angenommen und zum Teil ausgeführt hat, die darauf gerichtet waren, zum Schaden Schwedens einer fremden Macht militärische Verhältnisse geheimer Natur zu offenbaren. Holsteinsson wird angeklagt, Törngren in mehreren Fällen Hilfe geleistet zu haben. Man sieht dem Ausgang dieses Prozesses mit lebhaftem Interesse entgegen. ∞.

*

Stockholm, 21. Dezember. Staatsminister Staaff hielt heute in Karlskrona eine Rede, in der er die Hauptpunkte des Regierungsprogramms betreffend die nationale Verteidigung bekannt gab und die Wichtigkeit betonte, das Neutralitätsprinzip festzuhalten. Schweden müsse mit allen Mächten Freundschaft halten, ohne zu irgend einer in zu herzliche Beziehungen zu treten. Für das Fußvolk solle Winterausbildung eingeführt werden, doch erst nach den Neuwahlen im Jahre 1914 werde bestimmt werden, wie groß die Verlängerung der Uebungszeit für die Fußtruppen sein soll. Die Mittel dafür wären vorhanden. Die Wehrkraft wurde weiter erhöht durch Ausbildung aller Studenten als Reservecharge. Die Vermehrung der Kosten für die Ausrüstung des Heeres, den Bau von Kriegsschiffen, die Verstärkung der Küstenbefestigungen und die Verlängerung der Wehrpflichtzeit der Spezialwaffen würde durch die wachsenden Staatseinnahmen, sowie durch eine nach deutschem Muster gestaltete progressive Wehrsteuer auf größere Vermögen und Einkommen gedeckt.

Briand gegen Doumergue.

Das Ministerium Doumergue sieht neuen Stürmen entgegen. Am Sonntag hat der Vorgänger Barthous, Aristide Briand, der sich gleich in der ersten Kammersitzung, in der das neue Kabinett erschien, zum Wortführer der Opposition aufschwang, in St. Etienne eine Art Programmrede gehalten, die nur dem Zwecke dienen kann, die Bahn für die eigene Nachfolgerschaft frei zu machen.

Briand sprach vor 1400 Personen, die ihn begeistert bejubelten, darunter Senatoren und Deputierte. Er sagte, er werde nichts tun, um die außerordentlichen Schwierigkeiten, denen das gegenwärtige Ministerium begegne, noch zu vermehren. Briand erklärte die gegenwärtige Lage hinsichtlich der Wahlreform für erniedrigend und meinte, diese Frage dürfe nicht von neuem den Wählern vorgelegt werden, die bereits vor vier Jahren darüber entschieden hätten. Noch erniedrigender würde es sein, die Frage der dreijährigen Dienstzeit, die angeregt zu haben er sich rühme, in das Jahrmarktstreiben der Wahlen hineinzuzerren. Die auswärtige Politik des Landes sei maßgebend für die politischen Zwecke. Seine Gegner seien darauf versessen gewesen, seiner vorsichtigen und grundsätzlich friedlichen Politik in Marokko, die zu dessen friedlicher Durchdringung habe führen sollen, ein Ende zu machen, und es sei ihnen gelungen. Die Folge davon sei Agadir gewesen, der Eroberungskrieg in Marokko, die Ereignisse in Tripolis und auf dem Balkan, weiter die Vermehrung der deutschen Streitkräfte zur selben Zeit, als das Heer im französischen Mutterlande um 60 000 Mann geschwächt worden sei, um in Marokko eine Armee aus der Elite des französischen Heeres zu unterhalten, die schließliche Folge das Gesetz über die dreijährige Dienstzeit. (Lebhafter Beifall.) Dies Gesetz sei und bleibe unentbehrlich, solange seine Ursachen weiterbestünden; wiewohl es niemand einfiele, Frankreich ein so schmerzliches Opfer für ewig aufzuerlegen. Zum Schluß sprach Briand von der Finanzreform und von der Ungeduld einerseits der Plutokratie, andererseits der Demagogen, die alles oder nichts wollten und die Faust drohend nach dem Reichtum ausstreckten. Die wahre republikanische Politik müsse auf der Fortschritt der sozialen Reformen ausgehen, die er selbst unternommen habe. Frankreich und die Republik könnten nur groß sein, wenn Frieden, Ordnung und Sicherheit bei immer erweiterter Freiheit und sozialer Gerechtigkeit herrschten. Briands Rede wurde von seinen Getreuen mit langandauerndem enthusiastischen Beifall aufgenommen.

Der Vorstoß Briands, den man zugleich auch als den bereit gehaltenen Kandidaten des Elysee ansprechen darf, trifft das Kabinett Caillaux-Doumergue schon deshalb zu einer sehr ungelegenen Zeit, weil man Herrn Caillaux anscheinend nicht einmal Atem lassen will, um mit seinen dringlichen Finanzprojekten zur Deckung der Heeresausgaben fertig zu werden. Am Sonnabend Vormittag hat Caillaux dem Ministerrat mitgeteilt, daß er die finanziellen Gesetzentwürfe erst während der Neujahrsferien endgültig feststellen könne und sie zu Beginn der Session 1914 den Kammern vorlegen werde. Man versichert jetzt, daß der Finanzminister beabsichtige, auf eine amortisierbare Anleihe zurückzukommen, deren Verzinsung und Tilgung durch eine Steuer auf das erworbene Vermögen verbürgt werden solle, die sowohl das Kapital als dessen Zinsen erfassen würde. Das wäre natürlich ein vollkommener Rückzug. Aber vielleicht ist diese Meldung auch nur dazu bestimmt, die „außerordentlichen Schwierigkeiten" des Kabinetts der Linken, von denen Briand sprach, zu unterstreichen.

*

Paris, 22. Dezember. Die gestrige Rede Briands wird in der Presse eingehend erörtert und als sehr bedeutungsvolles Ereignis bezeichnet. Mehrere gemäßigte republikanische und konservative Blätter drücken die Hoffnung aus, daß diese Rede das Signal zu einem entscheidenden Kampfe gegen Doumergue-Caillaux bildet.

Der „Figaro" schreibt: Die Rede, die von der öffentlichen Meinung mit größter Spannung erwartet wurde, darf als ungeheurer Protest gegen das neue Kabinett angesehen werden. Sie bildet das befreiende Wort und gibt dem Lande die erquickende und reine Luft, die es verlangt. In der „Humanité" kritisiert Jaurès die Rede in sehr scharfen Worten und meint: Briand habe dadurch, daß er die marokkanische Expedition für das Dreijahresgesetz verantwortlich machte, dieses Gesetz weit mehr diskreditiert, als die Gegner desselben. Von den radikalen Bänken wird die Rede in einer bemerkenswert maßvollen Weise besprochen. „Lanterne" meint: Wir erkennen gern an, daß Briand, als er am Ruder war, stets die Absicht verkündete, nur mit den Republikanern zu regieren. Warum aber wurde er von unsern Gegnern so sehr geschont?

*

Paris, 21. Dez. (Drahtmeldung.) Auf dringendes wiederholtes Ersuchen des Kammerausschusses für auswärtige Angelegenheiten versprach Ministerpräsident Doumergue, am nächsten Mittwoch vor dem Ausschusse zu erscheinen und mehrere Fragen, insbesondere über die orientalische Angelegenheit zu beantworten.

Albanien und seine „guten Freunde".

Ein Berliner Blatt und nach ihm das Wolffsche Telegraphenbureau hatte am Sonntag früh aus Athen die Nachricht verbreitet, Prinz Wilhelm zu Wied, der künftige Herrscher von Albanien, sei am Sonnabend incognito in Korfu eingetroffen und gedenke unverzüglich nach Albanien weiterzureisen. In der Nacht hat nun das Wolffsche Telegraphenbureau seine eigene Meldung dementiert und festgestellt, daß der Prinz am Sonntag Abend wieder in Potsdam eingetroffen sei. Der Prinz und die Prinzessin waren, wie unsere Berliner Redaktion uns drahtet, in Wirklichkeit am Sonnabend in Rudolstadt, um sich dort von der mit der Prinzessin nahe verwandten fürstlich Schwarzburgischen Familie zu verabschieden. Heute oder morgen beabsichtigt das Prinzenpaar sich nach dem Stammschloß Neuwied am Rhein, zu begeben. Dort will es die Feiertage verleben, und wahrscheinlich auch Mitte Januar die albanische Deputation empfangen wird, die dem Prinzen im Namen des albanischen Volkes die Fürstenkrone antragen wird.

Die Meldung, der Prinz sei bereits nach Albanien unterwegs und zwar ausgerechnet über Korfu ist offenbar nicht nur falsch, sondern auch tendenziös falsch. Augenscheinlich sollte unter den Albanern der Eindruck erweckt werden, der deutsche Prinz sei bereits unterwegs, noch ehe das autonome albanische Volk ihm wirklich die Krone angetragen habe. Ja, die angebliche Reise sollte noch eine für die Albaner besonders empfindliche Spitze erhalten, indem man ihnen einredete, der Prinz komme über Korfu, also über Griechenland, von wo den Albanern allerdings bisher noch niemals etwas Gutes gekommen ist. Nun wird man vielleicht die Sache so darstellen, der Prinz sei tatsächlich unterwegs gewesen und habe nur notgedrungen die Rückreise angetreten. Hoffentlich dringt aber die Wahrheit auch bis nach Albanien. Die ganze kleine Intrige ist interessant genug und wunderbar ist nur, daß sich auch das offiziöse deutsche Telegraphenbureau für eine solche Mache, natürlich unbewußt, hat einfangen lassen.

In das gleiche Kapitel gehört vielleicht die Belgrader Meldung, daß zwischen dem 17. und 19. Dezember auf albanischem Gebiet westlich von Dibra blutig Kämpfe stattgefunden hätten. Die serbischen Blätter „vermuten", daß es sich um Zusammenstöße zwischen Anhängern der provisorischen Regierung in Valona und solchen von Essad Pascha handele. Bunt genug sieht es ja zurzeit in dem künftigen Reiche Wilhelms I. aus. Fünf oder sechs Regierungsgewalten mehr oder minder eigenen Rechts halten die „Ordnung" in ihren Bezirken aufrecht, unterstützt durch die alten Familienverbindungen, nach denen sich diese provisorischen Regierungen gruppiert haben. Die einzige offiziell von den Mächten anerkannte provisorische Regierung sitzt in Valona unter Leitung des ehrgeizigen Ismail Kemal. Sie hat in den letzten Tagen über die provisorische Administration in den neuen Gebieten beraten, die infolge der Beschlüsse der internationalen Abgrenzungskommission Albanien zufallen. Sie sollen in zwei Kommissariate eingeteilt werden, von denen das eine als Hauptort Argyrocastro, das andere Koritza haben soll. In diese beiden Städte sollen Vertrauensmänner der Regierung als Kommissare entsendet werden, denen als eine ihrer wichtigsten Aufgaben die Pflege eines guten Einvernehmens zwischen der in jenen Landesteilen nebeneinander lebenden albanesischen und griechischen Bevölkerung obliegen wird.

*

Ueber Wien wird noch aus Valona gedrahtet, daß zwei angesehene Notabeln als Vertreter der Stämme Choti und Gruda eingetroffen seien, um die Solidarität dieser Stämme mit der provisorischen Regierung in Valona darzutun. Da ein Einvernehmen mit dem Haupt der Mirditen erzielt wurde und vor kurzem auch der Präsident der interimistischen Regierung in Alessio Jed Zoku seine Solidarität bekundet hat, sei Albanien mit Ausnahme der kleinen Einflußsphäre Essad Paschas im Bezirk Durazzo nunmehr als geeinigtes Land anzusehen.

Zum Vorschlage Greys in der Inselfrage

bemerkt die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" in ihrer Wochenrundschau im Anschluß an eine Würdigung der letzten Kammerrede di San Giulianos:

Die Erklärungen des Reichskanzlers zu den auswärtigen Fragen, die Ausführungen des Grafen Berchtold in den Delegationen und die Rede des Marquis di San Giuliano ergänzen sich zu einer beachtenswerten Kundgebung für die Einheitlichkeit der Dreibundpolitik. Auch fernerhin stehen die Regierungen des Dreibundes vor Aufgaben, bei deren Lösung sich ihr Einvernehmen bewahren kann. In der Inselfrage hat Sir Edward Grey den Großmächten Vorschläge für eine gemeinsame Regelung der strittigen Punkte mitteilen lassen. Diese Vorschläge fußen auf Grundgedanken, die in ihrer letzten Sitzung die Londoner Botschafterversammlung für eine künftige Lösung der Inselfrage ins Auge gefaßt hatte, ohne einen förmlichen Beschluß darüber herbeizuführen. Es ist dankenswert, daß Sir Edward Grey jetzt, wo die Sicherstellung der Grenze Südalbaniens dringlich wird, mit dem Streben hervortritt, Europa für eine baldige Lösung der Inselfrage zu einigen. Der Oeffentlichkeit sind die englischen Vorschläge bekannt. Die Dreibundmächte sind beschäftigt, die Einzelheiten gemeinsam zu prüfen.

*

∨ **Berlin**, 22. Dezember. Die Besprechungen der Dreibundmächte über den Vorschlag Sir Edward Greys dauern zurzeit noch an, aber das läßt sich schon jetzt sagen, daß der Greysche Standpunkt in seinem ganzen Umfange von den Dreibundmächten wohl nicht geteilt wird. Deutschland und Oesterreich haben die moralische Verpflichtung, ihren Bundesgenossen Italien nicht im Stich zu lassen. Als überaus vorteilhaft und die Position Italiens bedeutend stützend erscheint die Erklärung, die der italienische Botschafter in einer der letzten Londoner Botschafterkonferenz abgegeben hat, daß nämlich Italien den Zeitpunkt, in welchem es den Lausanner Frieden für völlig erfüllt hält, selbst bestimmen wird. Wenn Italien diesen Zeitpunkt — und das ist wahrscheinlich — jetzt noch nicht für gekommen erachtet, wird der Vorschlag Greys beim ganzen Dreibund auf schweren Widerstand stoßen. Außerdem hat Italien auf den von ihm besetzten türkischen Inseln große Aufwendungen machen müssen und sicherlich wird Italien nunmehr auch eine Entschädigung dafür beanspruchen, die natürlich in der Abtretung der einen oder anderen der Inseln bestehen würde. Auch dieses Verlangen würde, wie man uns an Berliner amtlicher Stelle erklärt, die deutsche Regierung in jeder Weise unterstützen.

Berlin, 22. Dezember. In einem Leitartikel des „B. T.", der sich mit den neuen Differenzen auf dem Balkan beschäftigt, tritt Theodor Wolff dafür ein, daß man auch von unserer Seite den Griechen deutlich die große Gefahr zeige, die in ihren weitgehenden Inselansprüchen liege. Es sei nicht zum mindesten zweifelhaft, daß Bulgarien sich auf den Revanchekrieg rüste und es insbesondere auf Saloniki abgesehen habe. Tschavid Bey, den der Verfasser neulich fragte, wie lange die Bulgaren für ihre Rüstungen gebrauchen könnten, habe sogar geantwortet: „Drei Jahre, nicht mehr." Griechenland werde also vermutlich bald einen schweren Kampf mit den wieder erstarkten Bulgaren zu führen haben, der aber fast aussichtslos werden würde, wenn die Türkei an die Seite Bulgariens träte.

Die Militärmission.

Nachdem Frankreich von den Griechen die Aufstellung eines Modellkorps unter General Erdoux an der Spitze erreicht hat — also das gleiche, was man uns harmlosen Deutschen in Konstantinopel streitig machen will — scheint man auch in Paris das russische Vorgehen nicht mehr so heftig zu unterstützen. Der „Temps" weist die von der russischen Presse gegen Frankreich und England gerichteten Angriffe zurück, indem er u. a. schreibt, Rußland begehe einen argen Irrtum, wenn es der ganzen Tripleentente einen Mangel an Willenskraft vorwerfe. In der Frage der deutschen Militärmission könne ein solcher Vorwurf nur gegen Rußland erhoben werden. Denn Rußland sei die benachteiligte Macht und habe aus diesem Grunde Einspruch erhoben. Frankreich und England könnten nur den Protest Rußlands unterstützen, nicht aber sich an seine Stelle setzen. Rußland möge sagen, was es wolle. Seine Verbündeten und Freunde würden nicht zögern, ihm Beistand zu leisten. Aber sie könnten eine Angelegenheit, welche von Anfang an eine russisch-deutsche und eine russisch-türkische gewesen, nicht in eine französisch-deutsche oder englisch-deutsche umgestalten.

Ministerpräsident Doumergue hat der „V. Ztg." zufolge mit Delcassé bereits mehrere Male lange Unterredungen über die Unstimmigkeiten zwischen den Mächten der Tripleentente gehabt. In Rußland schwanke man zwischen verschiedenen Lösungen. Entweder werde von der türkischen Regierung gefordert werden, daß sie überhaupt den Vertrag mit der deutschen Offiziersabordnung rückgängig mache, oder daß sie Rußland und den andern Mächten der Tripleentente Zugeständnisse mache oder drittens, daß die Befugnisse des Generals Liman von Sanders und seiner Begleiter soweit beschränkt werde, daß seine Mission sich als eine einfache Fortsetzung derjenigen des Feldmarschalls v. d. Goltz darstelle. In Rußland wünsche man allerdings, daß Frankreich vorangehe und zunächst einmal die Türkei durch den finanziellen Boykott mürbe mache. — Na, ja ...

*

∨ **Berlin**, 22. Dezember. (Originaltelegramm.) Für die Beurteilung der Frage der deutschen Militärmission liegen augenblicklich keine neuen Tatsachen vor. Ein Berliner Blatt deutete heute morgen an, daß die deutsche Regierung unter Umständen damit einverstanden sein würde, wenn General Liman von Sanders von Konstantinopel nach Adrianopel versetzt wird. Demgegenüber betont man in Berliner diplomatischen Kreisen, wenn auch ursprünglich der Gedanke aufgetaucht wäre, den General an die Spitze der Besatzung von Adrianopel zu stellen, jetzt eine solche Versetzung nicht mehr angängig sei und auch in Berlin auf Widerstand stoßen würde. Man glaubt hier nicht, daß die Türkei sich auf eine derartige Transaktion einlassen würde, da General Liman Pascha in Konstantinopel bereits seine Funktionen übernommen habe.

Notizen.

Wie aus Saloniki gemeldet wird, beauftragte die griechische Regierung die dortige Verwaltung der türkischen Schuld, vom 23. d. M. ab die Stempel der türkischen Schuld abzuschaffen. Die Verwaltung der türkischen Schuld hat gegen diesen Auftrag Einspruch erhoben.

Die letzten bulgarischen Kriegsgefangenen in Griechenland, die sich in den Militärspitälern des Piräus in Pflege befanden, wurden in Freiheit gesetzt und sind nach Bulgarien abgereist.

Um die albanesische Gendarmerie, der die Aufgabe zufällt, binnen kurzem die von den griechischen Truppen geräumten Positionen im südlichen Grenzgebiet zu besetzen, vorher zu einem fähigen Grenzkorps auszubilden, wurden von der holländischen Regierung neuerdings zwölf Offiziere entsandt.

Der König von Montenegro hat dem deutschen Gesandten von Eckardt das Großkreuz des Danilo-Ordens verliehen.

Die Konsuln besuchten den Generalgouverneur von Kreta und teilten ihm die Anerkennung der Annexion der Insel an Griechenland seitens ihrer Regierungen mit.

Deutsches Reich.

Neue amtliche Vermittelungsversuche in der Krankenkassenfrage. Sonntag Vormittag fand im Reichsamt des Innern wegen der Krankenkassenfrage eine dreistündige Unterredung statt, woran seitens der Regierung Staatssekretär Dr. Delbrück, Handelsminister Sydow, Ministerialdirektor Caspar und einige Räte, seitens der Aerzte Professor Dr. Orth von der Berliner Fakultät, Landtagsabgeordneter Dr. Mugdan und Sanitätsrat Munter vom Geschäftsausschuß des Aerztevereinsbundes teilnahmen. Für heute sind weitere Verhandlungen mit dem Vorsitzenden des Geschäftsausschusses Sanitätsrat Dippe-Leipzig und dem Vorsitzenden